

Voltaire

Internationale Nachrichten

N°22 - 6. Januar 2023

Die Mehrheit der UN-Generalversammlung wechselt auf die russisch-chinesische Seite

Der Konflikt zwischen dem post-sowjetischen und dem westlichen, sich feindlich gegenüberstehenden Weltsystemen, hat sich mit der Konfrontation in der Ukraine in drei Monaten verschärft : auf der einen Seite eine Welt, die von westlichen Regeln regiert wird, auf der anderen Seite eine Welt, die durch das Völkerrecht stabilisiert wird.

Niemand sagte etwas, als die NATO ohne Zustimmung des Sicherheitsrates Serbien angriff. Niemand protestierte, als die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich den Sicherheitsrat belogen haben, um ihre Aggression gegen Afghanistan, den Irak und Libyen zu rechtfertigen.

Seitdem Russland jedoch dem syrischen Volk und jetzt dem ukrainischen Volk gemäß der Resolution 2202 zu Hilfe gekommen ist, werden die Sachen klarer.

Heute schwören beide Seiten Recht zu haben, aber der Westen hört nicht mehr, was die zweite Seite sagt. Nicht umgekehrt.

Der Westen arbeitet derzeit daran, Russland aus allen zwischenstaatlichen Organisationen auszuschließen. Er hat dies bereits im Europarat erreicht und dachte, er würde auch bei den Vereinten Nationen Erfolg haben, so wie er 1939 die UdSSR aus dem Völkerbund ausgeschlossen hatte. Dazu muss er zunächst die UN-Charta ändern, was noch vor drei Monaten wie ein Kinderspiel erschien.

Am 13. Oktober verurteilten noch 143 Staaten die "Invasion" Russlands in der Ukraine und nur 35 begrüßten seine Umsetzung der Resolution 2202.

Am 30. Dezember wechselte die Mehrheit jedoch die Seiten.

Es waren 87 Staaten, die nun dafür stimmten, dass der Internationale Gerichtshof (IGH), d.h. das interne Tribunal der UNO, die Besetzung der palästinensischen Gebiete für illegal erklären sollte, gegen 26 Staaten, für die die nach westlichen Regeln regierte Welt sich seit 75 Jahren mit Gesetzlosigkeit begnügt.

AMERIKA

US-Sabotagen in Russland werden seit 2017 vorbereitet

Laut [Jack Murphy](#) wurden Sabotageoperationen in Russland und Weißrussland von Präsident Barack Obama kurz vor dem Ende seiner Amtszeit präventiv genehmigt. Sie werden von Offizieren des *Special Activities Center* der CIA koordiniert, die dem Europäischen Missionszentrum der CIA zugeordnet sind. Vot Ort werden sie niemals von US-Bürgern durchgeführt. Mehrere Jahre lang haben nicht-amerikanische CIA-Agenten verschiedene Standorte des russischen und weißrussischen militärisch-industriellen Komplexes mit Sprengsätzen versehen. Sie wurden erst nach der russischen Intervention in der Ukraine aktiv, die dann schwere Schäden verursachten.

Was die Twitter-Dateien enthüllen

In der neuesten Ausgabe der [Twitter Files](#), die von ihrem CEO Elon Musk zusammengestellt wurden, erfahren wir, dass das FBI Twitter nicht nur gebeten hat, Informationen über den Fall Hunter Biden zu zensieren, sondern ihm auch 3,5 Millionen Dollar dafür bezahlt hat. Die CIA nahm an den Treffen teil, um zu bestimmen, was zensiert werden sollte. Dieses Verhalten der Geheimdienste gegenüber US-Bürgern sucht seit den Jahren 1953-54, der Zeit der "Hexenjagd" des McCarthyismus, ihresgleichen. Die Aktien von Elon Musks Unternehmen fallen weiterhin an der Börse, einige seiner Investoren lassen ihn für sein politisches Engagement für die Meinungsfreiheit bezahlen.

Eric Schmidt subventioniert Forscher der FAS und bezahlt Beamte bis ins Weiße Haus

Laut [Politico](#) sind zwei Dutzend Forscher der *Federation of American Scientists* (FAS), einer angesehenen Friedensgruppe, bei der Biden-Regierung im Rat der Wirtschaftsberater des Weißen Hauses, im Umweltrat des Weißen Hauses, im Energieministerium, im Bildungsministerium und im Gesundheitsminister, in Sozialdiensten, im Verkehrsministerium, im Sicherheitssekretariat des Vaterlandes und in der Eidgenössischen Handelskommission angestellt. Sie werden nicht von der Biden-Administration bezahlt, sondern vom Milliardär Eric Schmidt. Der ehemalige Präsident von Google und dann von Alphabet, Eric Schmidt, ist laut [Bloomberg](#) das 54. größte Vermögen der Welt. Er ist ein starker Befürworter von Investitionen des Bundes in Technologie. Er ist vor allem Mitglied der Trilateralen Kommission und des Bilderberg-Clubs.

Im Allgemeinen schwächen Booster-"RNA-Impfstoffe" die Patienten

Laut Dr. Robert Malone, Erfinder der von Pfizer und Moderna verwendeten Boten-RNA-Prozesse, werden Menschen, die mehrere Auffrischungen von Anti-Covid-"Impfstoffen" erhalten haben, häufiger reinfiziert und sterben, als diejenigen, die nur eine Injektion erhalten haben.

[The Epoch Times](#) hat dieses scheinbare Paradoxon in 17 der 18 US-Staaten bestätigt, für die Statistiken verfügbar sind.

Die neuesten Spekulationen der Rand Corporation

Der historische Think Tank des militärisch-industriellen Komplexes der USA, die *Rand Corporation*, hat eine kurze Prognosestudie veröffentlicht : [Reaktion auf einen begrenzten russischen Angriff auf die NATO während des Ukraine-](#)

Krieges.

Rand sieht vor, dass Moskau Ziele in Europa wie den US-Stützpunkt in Ramstein angreifen könnte, dass es aber niemals das Außenministerium in London und das Pentagon in Washington bombardiert, wie der ehemalige russische Botschafter bei der NATO es erwähnt hatte.

Auf der Suche nach neuen Teilen der Hunter Biden-Affäre

Ein auf die Übermittlung offizieller Dokumente spezialisierter Anwalt aus Colorado, Kevin D. Evans, reichte im März eine Klage gegen den Justizminister ein, um ihn zu zwingen, 400 Dokumente offenzulegen, die er über Hunter Bidens finanzielle Angelegenheiten und seine beruflichen Beziehungen in Russland, der Ukraine und China besitzt.

Das *Informationsfreiheitsgesetz* (*Freedom of Information Act FOIA*), inspiriert vom schwedischen Beispiel, verlangt von Bundesbehörden, ihre Dokumente offenzulegen.

Ron DeSantis gegen Wokismus

Floridas Gouverneur [Ron DeSantis](#) seiner widmete seine Neujahrsansprache der Verteidigung der Freiheit und gegen den Aufstieg der "Woke"-Ideologie, die in Städten und Staaten im ganzen Land Fuß gefasst hat. "Wir suchen Normalität, nicht philosophischen Wahnsinn (...) Wir werden nicht zulassen, dass Realität, Fakten und Wahrheit fakultativ werden. Florida ist der Ort, wo der Wokismus sterben wird", sagte er.

Herr De Santis soll die Führung der Republikanischen Partei übernehmen.

Der Zementhersteller Lafarge wurde im Zivilverfahren wegen desselben, im Strafverfahren verhandelten Sachverhalts, angeklagt

Zwei Familien von Matrosen und eine von einem US-Marines, die jeweils in Syrien, Irak

und Libyen starben, haben eine Klage gegen *Lafarge-Holcim* wegen Komplizenschaft mit Al-Qaida (Al-Nusra-Front) und Daesch eingereicht.

Im Jahr 2022 hatte sich Lafarge schuldig bekannt und 778 Millionen Dollar an die US-Justiz für den strafrechtlichen Teil gezahlt, obwohl seine Verbindungen zur CIA bekannt sind. Diesmal geht es um zivilrechtliche Schäden.

Die US-Verfahren unterscheiden sich von Verfahren in anderen Ländern, wie in Frankreich, wo der Kassationsgerichtshof entschied, dass Lafarges Beteiligung an den Aktionen der Geheimdienste (DGSE) [Lafarge](#) nicht von der Strafverfolgung wegen Mittäterschaft an Terrorakten befreie. [Holcim](#), die 2015 mit Lafarge fusioniert hatte, gab umgehend bekannt, dass sie sich von ihrem unangenehmen Verbündeten trennen werde.

Bolivianische Ustascha wegen bolivianischem Putsch 2019 strafrechtlich verfolgt

Der Gouverneur und Oppositionsführer von Santa Cruz, Luis Fernando Camacho, wurde wegen seiner Beteiligung am Putsch 2019 inhaftiert.

Camacho, dessen Slogan lautet : "Bolivien gehört Christus !" ist der ehemalige Präsident der Jugendunion von Santa Cruz, einer kroatischen Einwandererorganisation, die mit Franjo Tuđmans Kroatischer Christdemokratischer Partei (HDZ) verbunden ist. Er ist ein Nachfolger der [Ustascha](#)-Faschisten und Antisemiten, die sich mit den Nazis verbündet hatten und dann mit Hilfe der Angelsachsen in Lateinamerika Zuflucht suchten. Camacho's Gruppe ist bekannt für ihre Verfolgung der Aymara-Indianer. Er spielte eine zentrale Rolle bei den Unruhen, die zur Flucht des wiedergewählten Präsidenten Evo Morales und zur Machtübernahme durch Präsidentin Jeanine Áñez führten. Damals berichtete die

internationale Presse, die Wahlen seien manipuliert worden, aber das Volk habe den Diktator besiegt. Die Abfolge der Ereignisse hatte jedoch gezeigt, dass dies nicht der Fall war, was durch eine statistische [MIT-Studie](#) bestätigt wurde.

Ein jetzt offengelegtes [UK-Dokument](#) zeigte seinerseits mit Belegen, dass Boris Johnsons Vereinigtes Königreich den Verschwörern geholfen hatte, Lizenzen zur Ausbeutung bolivianischen Lithiums zu erhalten. Präsidentin Jeanine Áñez wurde bereits verhaftet und zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt.

Kolumbien knüpft wieder mit Venezuela an

Kolumbiens neuer Präsident Gustavo Petro und sein venezolanischer Amtskollege Nicolás Maduro eröffneten die Brücke zwischen dem kolumbianischen Bundesstaat Norte de Santander und Táchira. Er war 2016 fertiggestellt, aber aufgrund der Opposition von Präsident Ivan Duque gegen seinen venezolanischen Amtskollegen nie eingeweiht worden.

Venezuela schickt sich an, das Blatt Juan Guaidó zu wenden

Die venezolanische Opposition versucht, die Schattenregierung von Juan Guaidó loszuwerden. Sie wurde schließlich nur von fünfzig Staaten anerkannt, die alle mit Washington verbunden sind. Sie ist jetzt von einer Aura der Korruption befleckt und hat nicht das geringste Ergebnis erzielt. Eine Umfrage schätzt, dass 57% der Venezolaner ihre Auflösung fordern und nur 6% im Land sie unterstützen.

Präsident Nicolás Maduro sagte in einem Interview am 1. Januar, sein Land sei "völlig bereit", die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu normalisieren.

EUROPA

Großbritannien bereit, Revolutionsgarden zu "Terroristen" zu erklären

General [Ken McCallum](#), Direktor des MI5, macht keinen Hehl daraus, dass die iranischen Revolutionsgarden Operationen in Großbritannien vorbereiten, sowohl gegen iranische Staatsangehörige als auch gegen Briten. Er plädiert dafür, diese Organisation zum "Terroristen" zu erklären.

Der Iran hat eine lange Tradition der Ermordung seiner politischen Gegner im Ausland, schon vor der Islamischen Republik. London runzelte nicht immer so die Stirn, als es Teheran unterstützte. Zum Beispiel während der Ermordung des revolutionären Soziologen 'Ali Shari'atí durch den Savak von Shah Reza Pahlevi in Southampton im Jahr 1977. Shari'atí war ein Freund von Jean-Paul Sartre und Frantz Fanon.

Das Vermächtnis von Papst Benedikt XVI.

Der ehemalige Papst Benedikt XVI. ist gestorben. Seine dunkle Seite liegt in der Art und Weise, wie er gegen Befreiungstheologen in Lateinamerika kämpfte oder Homosexualität unterdrückte, als er Präfekt der Kongregation für die Glaubenslehre war. Dieser große Intellektuelle jedoch förderte die katholische Theologie, indem er die modernen Sünden der Anhäufung von übermäßigem Reichtum, des Drogenkonsums oder des Drogenhandels, der Umweltverschmutzung, der Genmanipulation, der menschlichen Experimente, der Verursachung sozialer Ungerechtigkeit oder Armut, Abtreibung und Pädophilie anprangerte.

Die Polemik, die seine Worte in Regensburg (2006) über das muslimische Konzept der Transzendenz eröffnete, hat es letztlich ermöglicht, einen permanenten Dialog zwischen

Christentum und Islam herzustellen. Er entschied, auf sein Amt zu "verzichten" (und nicht "zurückzutreten" oder "abzudanken"), nicht aus gesundheitlichen Gründen, wie seine Biographen behaupten, sondern weil er sich weigerte, der Erpressung nachzugeben.

Die CIA zensierte das Internet, um Emmanuel Macron zu schützen

Die Twitter-Dokumente bestätigen, dass die CIA bei Twitter, Yahoo, Twitch, Cloudflare, LinkedIn und Wikimedia intervenierte, um angebliche "russische Desinformation" zu zensieren, die Präsident Emmanuel Macron während seiner Wiederwahlkampagne 2022 verunglimpfte.

François Hollande bestätigt, dass die Minsker Vereinbarungen nur ein Manöver des Westens waren

In einem Exklusivinterview mit dem [Kyiv Independent](#) bestätigte der ehemalige französische Präsident François Hollande die Äußerungen der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel gegenüber der [Zeit](#).

Auf die Frage "Glauben Sie auch, dass die Minsker Verhandlungen darauf abzielten, den russischen Vormarsch in der Ukraine zu verzögern?" antwortete er: "Ja, Angela Merkel hat in diesem Punkt Recht".

Der ehemalige ukrainische Präsident Petro Poroschenko erklärte sofort nach der Unterzeichnung dieser Abkommen seinerseits ebenfalls öffentlich, dass er sie niemals umsetzen werde.

Nur der vierte Unterzeichner, Wladimir Putin, glaubte an den guten Willen seiner Partner. Die Tatsache, dass er dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einen Vorschlag unterbreitete und die Resolution 2202 verabschiedete, die diese Abkommen billigte, zeugt jedoch davon, dass er dem Westen nicht mehr glaubte und dann begann, die aktuelle Intervention vorzubereiten. Diese Resolution

gibt ihm das Recht, als Garant der Minsker Vereinbarungen aufgrund seiner "Schutzverantwortung" einzugreifen.

Belgien und Luxemburg stellen Vermögenswerte westlicher Unternehmen frei, die in Russland tätig sind

Belgien und Luxemburg, die die Kompensationsbanken *Euroclear* und *Clearstream* beherbergen, erlaubten ihnen, die Gelder, die im Namen der "Sanktionen" gegen Russland eingefroren worden waren, an 5 Millionen Investoren zurückzugeben. Zu den geschädigten Kunden gehörten westliche Unternehmen, die in Russland tätig waren, wie Amazon oder Netflix. Die Aufhebung dieser Sanktionen durch diese beiden Staaten hat es einigen russischen Kunden nebenbei ermöglicht, ihre Vermögenswerte wiederzuerlangen. Die Aufhebung gilt nur für Operationen, die vor der Ankündigung der "Sanktionen" begonnen haben.

Polen verbündet sich mit Italien gegen das deutsch-französische Projekt des europäischen Föderalismus

In einem Interview mit [La Stampa](#) kündigte der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki an, sich mit der Regierung von Giorgia Meloni gegen das deutsch-französische Projekt einer supranationalen Europäischen Union zusammenzuschließen. Für ihn gilt: "Die EU wurde geschaffen, damit sich einzelne Staaten nach besten Kräften entwickeln konnten, einige schneller als andere, aber immer unter Berücksichtigung ihrer wirtschaftlichen Bedingungen (...) Wir haben die Wahl zwischen echter Solidarität gleichberechtigter Staaten oder dem Modell eines einzigen Superstaates, in dem die Karten letztendlich in einigen der größten Hauptstädte verteilt werden, unter Ausschluss anderer Länder."

Polen bestellt Beobachtungssatelliten bei Frankreich

Polen hat zwei Pléiade-Neo-Satelliten und eine Bildverarbeitungsstation bei [Frankreich](#) im Gesamtwert von 575 Millionen Euro bestellt. Jede Maschine kann täglich 500 000 km² fotografieren. Solche Bilder werden eine Auflösung von 30 cm haben.

Polen zieht seinen Protest gegen ukrainische integrale Nationalisten zurück

Der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki twitterte am 1. Januar, in dem er gegen die Feierlichkeiten der ukrainischen Behörden zum 114. Geburtstag des Verbrechers gegen die Menschlichkeit, Stepan Bandera, protestierte. Zeremonien, die er als "inakzeptabel" bezeichnete.

Er entfernte diesen Tweet jedoch am nächsten Tag.

Stepan Bandera, geboren am 1. Januar 1909, wird von integralen Nationalisten als Vater der Ukraine angesehen. Er organisierte das Massaker von Millionen Ukrainern vor und während des Zweiten Weltkriegs.

Ungarn fordert Auflösung des Europäischen Parlaments

Auf seiner Jahrespressekonferenz am 21. Dezember sagte der ungarische Ministerpräsident [Viktor Orbán](#) : "Die Ungarn möchten, dass das Europäische Parlament in seiner jetzigen Form aufgelöst wird (...) Und [die europäischen Partner] kennen offensichtlich unsere politische Position : Der Sumpf muss trockengelegt werden."

Brüssel weigert sich, Budapest 6,3 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt 2021-2027 und 5,8 Milliarden Euro aus dem Post-Covid-Wiederaufbauplan zu zahlen.

Die Europäische Union gibt die von ihr beschlagnahmten russischen Düngemittel frei

Nach acht Monaten Blockade, hat die Europäische Union ihre als "Sanktionen" bekannten Maßnahmen zur wirtschaftlichen Kriegsführung gegen Russland überarbeitet, um den Transfer von russischem Dünger nach Afrika zu erlauben. Bisher verboten die am 8. April angenommenen Texte (bekannt als "5. Sanktionsrunde") die Einfuhr russischer Düngemittel in die EU. Dies galt auch für europäische Schiffe, die Düngemittel zu außereuropäischen Häfen transportieren, und für europäische Versicherungsgesellschaften, die diesen Transport unabhängig von ihrem Beförderer und Bestimmungsort garantieren. Russland hatte angekündigt, die in den Häfen der Europäischen Union blockierten 260 000 Tonnen Düngemittel an afrikanische Staaten zu liefern, die für den Transport bezahlen würden, aber westliche Sanktionen hinderten diese Boote daran, europäische Häfen zu verlassen, und diese Staaten daran, russische Schiffe zu bezahlen.

Die [Financial Times](#) prangerte diese kafkaeske Situation an.

Unter der Annahme durchschnittlicher Wetterbedingungen wird erwartet, dass die achtmonatige Blockade russischer Düngemittel durch die Europäische Union im Jahr 2023 zu einem Rückgang der weltweiten Getreideproduktion um etwa 20% führen wird. Diese wird 2024 selbst zu einer Hungersnot führen.

Korruption im Europäischen Parlament : der Sacharow-Preis in Frage

Laut [Le Soir](#) aus Brüssel, haben belgische Ermittler gerade eine neue Spur in der Korruptionsaffäre im Europäischen Parlament entdeckt : den Sacharow-Preis für Denkfreiheit. Es scheint, dass im Jahr 2021 die Kandidaturen von Sultana Khaya (Saharawi Republik) und der

Bolivianerin Jeanine Áñez nach geheimen Zahlungen an Abgeordnete des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten zugunsten der des Russen Alexei Nawalny abgelehnt wurden. Während klar ist, dass Marokko Sultana Khaya zum Scheitern brachte, ist unklar, wer Jeanine Áñez eliminiert hat.

Mitten im Bürgerkrieg, im Jahr 2022, als Russland militärisch intervenierte, um die Resolution 2202 des UN-Sicherheitsrates durchzusetzen, wurde der Sacharow-Preis an das "ukrainische Volk" als Ganzes verliehen.

Sehr hohe Spannungen zwischen Serbien und Kosovo

Die Situation zwischen Serbien und dem Kosovo ist am Rande des Krieges. Viele kosovarische Beamte traten aus Protest gegen die Entscheidung ihrer Regierung zurück, ihre serbischen Bürger zu zwingen, ihre Fahrzeuge nicht mehr in Serbien zuzulassen.

Präsident Aleksandar Vučić befahl seinem Verteidigungsminister, General Milan Mojsilović, die serbische Armee in Kampfposition zu bringen. Am Ende scheint sich die Situation etwas entspannt zu haben und die Barrieren zwischen den beiden Ländern wurden beseitigt, aber die Kosovo-Serben haben einen Plan mit dem in Serbien ausgearbeitet. Im Falle eines neuen Problems mit Pristina werden sie jegliche Kommunikation mit dem Kosovo unterbrechen.

Das Kosovo erklärte seine Unabhängigkeit ohne Referendum während des Sieges der NATO über Serbien. Es wurde von den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union anerkannt, aber nicht von den Vereinten Nationen. In seinen frühen Jahren war der Kosovo als Ganzes nur eine US-Militärbasis.

Ukrainische Armee integriert türkischsprachige Söldner aus Asien

Die Kiewer Behörden haben ein neues muslimisches Bataillon in ihre Armee integriert :

Ausländische Ausgaben

Voltaire, internationale Nachrichten erscheint nun in sechs Sprachen :

- [Deutsch](#) ;
- [Englisch](#) ;
- [Spanisch](#) ;
- [Französisch](#) ;
- [Italienisch](#) ;
- [Holländisch](#).

"Turan". Es besteht aus ehemaligen Söldnern aus Zentralasien, die 2014 unter dem Kommando des Kirgisen Almaz Kudabek uulu am Bürgerkrieg im Donbass teilnahmen. Wahrscheinlich um die Türkei in Verlegenheit zu bringen, hebt die ukrainische Presse die Anwesenheit von Mitgliedern der türkischen Grauen Wölfe unter ihnen hervor.

Präsident Selenskyj ernennt Sexualwissenschaftlerin zum Botschafter

Präsident Wolodymyr Selenskyj hat eine Person ohne diplomatische oder staatliche Erfahrung zum Botschafter in Bulgarien ernannt, seine Freundin und Sexologin Olesya Ilashchuk. Diese Persönlichkeit, Gründerin des Juweliers Jemma, präsentiert sich als Spezialistin für Hypnose. Die Firma Jemma gehört dem Milliardär Ivan Rynzhuk. Die Polizei beschlagnahmte dort im Rahmen einer Geldwäscheuntersuchung 650 000 US-Dollar in bar.

Das Bündnis zwischen ukrainischen "integralen Nationalisten" und israelischen "revisionistischen Zionisten" funktioniert nicht

Während der Abstimmung der UN-Generalversammlung über den IGH, um zu beurteilen, ob das Westjordanland von Israel besetzt ist oder nicht, rief Israels neuer Premierminister Benjamin Netanyahu Präsident Wolodymyr Selenskyj an, um ihn um Hilfe zu

bitten. Letzterer bestätigte, dass er ihn unterstützen würde, wenn Tel Aviv mit Naftali Bennetts Politik brechen und ihm schließlich Waffen liefern würde. Netanyahu antwortete, Israel könne sich nicht mit Russland verwerfen, ohne die Möglichkeit zu verlieren, iranische Stellungen in Syrien zu bombardieren, aber dass er sehen würde, was er tun könnte. Schließlich nahm die Ukraine an der Abstimmung nicht teil.

Ukraine bereitet einen "Friedensgipfel" gegen Russland vor

Außenminister Dmytro Kuleba bereitet einen Friedensgipfel am 24. Februar 2023 vor, d.h. dem Jahrestag des Einmarsches der russischen Armee in sein Land. Er sagte, Russland könne nicht daran teilnehmen, bis es wegen seiner Verbrechen vor ein internationales Tribunal gestellt werde. Er vermehrt seine Bemühungen, um sicherzustellen, dass UN-Generalsekretär António Guterres anwesend ist und dass die Frage des Ausschlusses der Russischen Föderation aus den Vereinten Nationen öffentlich diskutiert wird.

Russland weitet Gasförderung aus

Präsident Wladimir Putin hat mit der Ausbeutung des Kowykta-Gasfeldes (Ostsibirien) begonnen. Es wird die Gaspipeline Force of Siberia beliefert, die nach China führt. Seine Kapazität beträgt 1800 Milliarden Kubikmeter. Am nächsten Tag gab Rosneft die Entdeckung einer großen Kohlenwasserstofflagerstätte während geologischer Prospektionsarbeiten in der Republik Sacha bekannt. Sie umfasst mehr als 9,5 Milliarden Kubikmeter Gas und mehr als 1,5 Millionen Tonnen Öl.

Die politische Instabilität auf dem westlichen Kohlenwasserstoffmarkt deutet auf eine kommende sehr ernste Energiekrise hin

Laut dem stellvertretenden russischen Ministerpräsidenten Alexander Nowak führt die westliche Politik der Energiesanktionen dazu, dass multinationale Unternehmen in diesem Sektor aufhören zu investieren und ihre Gewinne in Dividenden nicht mehr verteilen. Daher wird der Mangel an Investitionen ihrerseits in 5 bis 10 Jahren spürbar sein und eine tiefe Krise im Westen verursachen.

Der Standpunkt von Sergej Lawrow

Der Außenminister Russlands, Sergej Lawrow, gab der [Nachrichtenagentur Tass](#) ein Interview. Er erklärt, dass Moskau angesichts seines Verhaltens nicht wieder mit der Europäischen Union in Verbindung treten will.

"Natürlich wird es mit solchen Akteuren kein 'Business as usual' mehr geben. Wir wollen nicht an eine verschlossene Tür klopfen oder gemeinsame Projekte initiieren. Gott sei Dank ist die EU für uns nicht das Zentrum des Universums. Wir haben viele politische Freunde in anderen Teilen der Welt. Wenn Europa aus der gegenwärtigen russophoben Wut erwacht und es nach einer Ausnüchterung national orientierte Politiker geben wird, die die Vorteile einer gleichberechtigten und für beide Seiten vorteilhaften Partnerschaft mit Russland verstehen, versichere ich Ihnen, dass es von unserer Seite kein Problem geben wird", sagte er.

Ebenfalls im selben Interview kommentierte Lawrow den von [Newsweek](#) erwähnten Pentagon-Plan.

"Einige 'anonyme Beamte' im Pentagon haben tatsächlich damit gedroht, dem Kreml einen 'Enthauptungsschlag' zuzufügen, aber das ist tatsächlich eine Drohung einer körperlichen Eliminierung des russischen Staatsoberhauptes. Wenn solche Ideen tatsächlich von jemandem

entwickelt werden, sollte diese Person sehr sorgfältig über die möglichen Konsequenzen solcher Pläne nachdenken.", sagte er. "Was die Dauer des Konflikts betrifft", sagte Lawrow auch, "liegt der Ball im Feld des Regimes und Washingtons. Sie können einen sinnlosen Widerstand jederzeit stoppen. Der Feind kennt unsere Vorschläge zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der vom Regime kontrollierten Gebiete, zur Beseitigung der von ihm ausgehenden Bedrohungen für die Sicherheit Russlands, einschließlich unserer neuen Gebiete - der Regionen der DVR, LVR, Cherson und Saporischschja. Es genügt, sie einfach aus freiem Willen umzusetzen. Andernfalls wird dieses Problem vom russischen Militär gelöst. Entgegen einer älteren Vorstellung hat die Niederlage des Asowschen Bataillons das "Nazi"-Problem nicht gelöst, da integrale Nationalisten die Kontrolle über die Haupthebel des Staates immer noch innehaben und Denkmäler, Stadien und Straßen immer noch die Namen banderistischer Kriegsverbrecher tragen.

Russland zieht sich von allen Verpflichtungen gegenüber dem Europarat zurück

Russland, das nicht mehr Mitglied des Europarates ist, sollte sich ebenfalls aus den mit dieser Institution unterzeichneten Verträgen und Abkommen zurückziehen. Dies gilt bereits für die Internationale Kooperationsgruppe für Drogen und Sucht ; das Teilabkommen von 1990 zur Einsetzung der Europäischen Kommission für Demokratie durch Recht (die sogenannte "Venedig-Kommission") ; das teilweise offene Abkommen über die Vorhersage, Verhütung und Unterstützung von Natur- und Technologiekatastrophen. Dies wird demnächst auch für den Europäischen Förderfonds für die Koproduktion und den Vertrieb von Kinofilmen und audiovisuellen

Werken gelten ; für die Europäische Audiovisuelle Informationsstelle ; für das erweiterte Teilübereinkommen des Europarats über den Sport ; für das erweiterte Teilabkommen über Kulturrouten und für die Beobachtungsstelle für Geschichtsunterricht in Europa.

Präsident Putin verbietet Ölverkäufe an die EU und Australien

Präsident [Wladimir Putin](#) erließ ein Dekret über das Ausfuhrverbot von Erdöl und Erdölprodukten in Länder, die Preisobergrenzen festgelegt haben. Derzeit begrenzen nur die Europäische Union und Australien den Preis für russisches Öl auf 60 US-Dollar pro Barrel. Diese Anordnung gilt vom 1. Februar bis zum 30. Juni 2023. Ausnahmen können von Fall zu Fall genehmigt werden.

Ringe zur Symbolisierung der GUS

Auf dem Gipfel der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) überreichte Präsident Wladimir Putin einen goldenen Ring, auf dem Neujahrsgrüße eingraviert waren. Bei dieser Gelegenheit räumte er ein, dass es einige Meinungsverschiedenheiten zwischen den Teilnehmern gab, aber dass alle ihre schmutzige Wäsche innerhalb der Familie wuschen. Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko steckte sofort den Ring auf seinen Finger.

Tatarstan integriert sich vollständig in die Russische Föderation

Das Parlament der Republik Tatarstan hat beschlossen, den Titel seines Vorsitzenden bei der nächsten Wahl zu ändern. Er wird nicht mehr "Präsident" sein, sondern "Raïs" wie in den arabischen Ländern.

Tatarstan war der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) im Dezember 1991 beigetreten, hatte sich aber geweigert, den Vertrag vom März 1992 zur Regelung der Beziehungen

innerhalb der Russischen Föderation zu unterzeichnen, und stattdessen per Referendum mit 62 Prozent für seine Souveränität gestimmt. Am Ende hatte Tatarstan eine größere Autonomie ausgehandelt als die anderen Regionen, was 1994 zu einem separaten Vertrag führte. Dieser wurde 2017 nicht erneuert. Die Aufgabe des Titels "Präsident" bringt Tatarstan wieder auf eine Linie mit den anderen Regionen der Russischen Föderation, die aufgehört haben, ihren Führer direkt zu wählen. Sie werden nun auf Vorschlag des Bundespräsidenten von ihrem Gemeindeparlament gewählt.

Sabotage in Werften

Eine Sabotage fand während der Reparatur des einzigen russischen Flugzeugträgers, Admiral Kuznetsov, statt. Ein Feuer brach aus, während er sich im Trockendock befand.

Russische Marine Weltmeister in Atom-U-Booten

Die russische Marine erhielt ein Atomgetriebenes U-Boot, *Generalissimo Suworov*. Es ist das sechste der Borei-A-Klasse, ohne Äquivalent in der Welt. Diese U-Boote sind mit 20 strategischen ballistischen Raketen *Bulawa* ausgestattet. Jede trägt 6 bis 10 Gefechtsköpfe, die konventionell oder nuklear mit 100 bis 150 Kilotonnen geladen werden können.

AFRIKA

Algerien erhält 20 Milliarden Dollar zurück, die von Saïd Bouteflikas Clan veruntreut wurden

Präsident Abdelmajid Tebbun enthüllte während seiner Ansprache zum Jahresende, dass er 20 Milliarden Dollar an Vermögenswerten korrupter Figuren des okkulten Regimes von Saïd Bouteflika zurückgewonnen habe. Angesichts der Skepsis seiner Wähler veröffentlichte Justizminister Abderraschid Tabi einen 1400-seitigen Katalog mit 4200

Immobilien und 6000 Bankkonten, die die Behörden versichern, beschlagnahmt zu haben. Der Bericht enthält auch 2 Flugzeuge sowie Yachten, mehr als 11000 Fahrzeuge sowie Schmuck, Luxusuhren und Bargeld. Die algerischen Behörden verhandeln jedoch immer noch mit Gerichten in befreundeten Ländern, um ins Ausland geflohenes Eigentum zu beschlagnahmen.

Algerien gibt dem Druck der USA nach

Präsident Abdelmajid Tebbun sagte [*Le Figaro*](#) über das private russische Militärunternehmen Wagner in Mali : "Das Geld, das diese Präsenz kostet, wäre besser platziert und nützlicher, wenn es in die Entwicklung der Sahelzone investiert würde." Sofort wurde seine Reise nach Moskau abgesagt.

Algeriens Haushalt 2023 zeigt einen Rückgang der den Streitkräften zugewiesenen Mittel von 20% auf, aufgrund der Aussetzung der US-Hilfe.

Zusammenstöße im Südsudan

Bei Zusammenstößen zwischen den Stämmen der Nuer und Murle kamen mindestens 57 Menschen im Großraum Pibor ums Leben. 30 000 Menschen wurden vertrieben. Dieser Vorfall folgt dem, der sich Mitte November im Bundesstaat Upper Nile ereignete.

Nach Angaben der Vereinten Nationen werden 9,4 Millionen der am stärksten gefährdeten Menschen im Südsudan im Jahr 2023 dringend lebensrettende Hilfe und Schutz benötigen.

ASIEN

Benjamin Netanyahu Versprechen

Premierminister Benjamin Netanjahu hat sich gegenüber seinen Verbündeten öffentlich folgendermaßen verpflichtet :

Den Paragraph 7a, der offen rassistischen Parteien die Kandidatur verbietet, aus dem Grundgesetz zu streichen.

Änderung des Antidiskriminierungsgesetzes, um

geschlechtsgetrennte Veranstaltungen oder Strukturen zu finanzieren und die Verweigerung von Dienstleistungen auf der Grundlage des Glaubens zu ermöglichen.

die lokalen Behörden zwingen, ultraorthodoxe Schulen zu finanzieren, auch wenn sie nicht unter der Kontrolle der Zentralregierung stehen und sich nicht an ihre Lehrpläne halten und sich weigern, grundlegende weltliche Fächer wie Mathematik und Englisch zu unterrichten.

die Zuteilung von Lebensmittelgutscheinen an das Sozialministerium zu streichen und sie dem Innenministerium anzuvertrauen. Es wird als Kriterium für die Verteilung die Tatsache gelten, dass sie keine Steuern zahlen, wissend, dass die Ultraorthodoxen unabhängig von ihren Mitteln davon befreit sind.

Der Premierminister wollte sich jedoch von seinen Verbündeten distanzieren. So erklärte er :

dass er niemals zulassen würde, dass jemand seinen Glauben benutzt, um einem israelischen Bürger Dienste zu verweigern.

"Am Schabbat wird es Strom geben. Es wird [gemischte] Badestrände geben. Wir werden den *Status quo* beibehalten. Es wird kein Land geben, das von der Halacha regiert wird"

"Es wird keine Änderung des Rückkehrgesetzes geben" (die Verbündeten des Premierministers verlangen von jedem Rückkehrer den Nachweis, dass er einen jüdischen Elternteil im strengen Sinne des Wortes hat).

Er desavouierte seinen Sohn Yair Netanyahu, für den die Richter, die ihn anklagten, als er noch Premierminister war, Verräter sind und als solche bestraft werden müssen.

Schließlich ließ er den einzigen offen schwulen Abgeordneten, Amir Ohana, zum Sprecher der Knesset wählen.

Sephardische Rabbiner gegen Knesset Sprecher

Rabbi Meir Mazuz, Leiter der tunesischen Gemeinde in Israel, sagte, Knesset-Sprecher

Amir Ohana sei "mit einer Krankheit infiziert". Der ehemalige sephardische Oberrabbiner Shlomo Amar verurteilte die Gesetzgeber, die für die Ernennung gestimmt hatten, und sagte, es sei "eine beispiellose Schande".

Der Außenminister ist nicht jener, der angesagt wurde

Das Außenministerium entfiel für ein Jahr an den ehemaligen Wirtschafts- und Geheimdienstminister Eli Cohen, dann für die nächsten zwei Jahre an den ehemaligen Geheimdienst- und Finanzminister Yisrael Katz und erneut an Eli Cohen, wenn die Regierung bis dahin im Amt bleibt.

In der Praxis ist es Ron Dermer, der ehemalige Botschafter in Washington, der das Ruder des Ministeriums für strategische Angelegenheiten übernehmen wird. Diese Abteilung, die von den Regierungen von Bennett und Lapid aufgelöst worden war, befasst sich offiziell nur mit dem Kampf gegen die BDS-Bewegung (*Boycott, Desinvestition und Sanktionen*).

Änderung des Status des Militär-Oberrabbiners

Ein Gesetzentwurf der Regierungskoalition sieht vor, den militärischen Oberrabbiner nicht mehr dem Generalstabschef der Streitkräfte, sondern einem zivilen Rabbinerkomitee zu unterstellen. Darüber hinaus würde er in den Rang eines Generalmajors befördert werden, was gleichbedeutend damit ist, ihn dem Stabschef gleichzustellen. Gleichzeitig sollte das Gesetz alle jungen Haredi-Männer vom Militärdienst befreien.

Netanjahu-Regierung wird Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen nicht ratifizieren

Die neue Netanjahu-Regierung wird die Konvention des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (2011), bekannt als "[Istanbul-](#)

Konvention", nicht ratifizieren.

Sie wurde von 45 Staaten und der Europäischen Union angenommen, aber die Türkei zog sich zurück.

Die Regierungskoalition bestreitet folgende Punkte :

- die Gewährung eines Aufenthaltsstatus für Gewaltopfer, die diesen nicht haben ;
- die Verpflichtung des Staates, Opfer von Gewalt in Situationen zu entschädigen, in denen weder der Täter noch die Versicherungsgesellschaft eine Entschädigung zahlen ;
- die Möglichkeit, gewalttätige Ehen aufzulösen ;
- Gewährung von Asyl in geschlechtsspezifischen Fällen ;
- und die Definition des Anwendungsbereichs des Übereinkommens unter Berücksichtigung der Tatsache, dass das Westjordanland nicht unter israelischer Souveränität steht.

Noam erstellt Listen schlechter Bürger

Laut *Yedioth Aharonot* hat die Noam-Partei, die sich gegen all jene einsetzt, die das ultraorthodoxe jüdische Familienverständnis bedrohen, eine Liste von Schwulen erstellt, die in den Medien arbeiten, und eine andere Liste von Mitarbeitern des Justizministeriums, die eine Ausbildung bei Verbänden erhalten haben, die sich für die Integration arabischer Israelis einsetzen (*Association for Civil Rights in Israel* (ACRI), *The Nazareth Nurseries Institute, Israel Women's Network, Center for International Migration and Integration, Israel Union for Environmental Defense* (Adam Teva V'Din), *Movement for Quality Government in Israel* und *Kav LaOved*).

Israel verlor seinen Vertrag mit Pfizer

Laut *i24News*, hat das Gesundheitsministerium vor Gericht behauptet, dass es die mit dem Pharmaunternehmen Pfizer unterzeichnete Vereinbarung über den Austausch epidemiologischer Informationen über Coronavirus-Impfstoffe nicht finden konnte, und

sagte sogar, es wisse nicht, ob die Vereinbarung unterzeichnet worden sei.

"Wir haben keine unterzeichnete Vereinbarung gefunden", sagte die Anwältin Ahava Berman von der Staatsanwaltschaft im Namen des Gesundheitsministeriums. "Wir haben alle Orte durchsucht, auch das Büro des CEO und die Rechtsabteilung."

6 Millionen Israelis erhielten kostenlose Injektionen von Pfizer-Boten-RNA im Austausch für die Übermittlung ihrer Gesundheitsdaten, die bisher unter die ärztliche Schweigepflicht fielen, an das Pharmaunternehmen.

Ben-Gvir auf Sharons Spuren auf dem Tempelberg

Unter Verstoß gegen die Regeln des Ortes ging der Minister für nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, am 3. Januar 2023 allein für zehn Minuten in den muslimischen Teil des Tempelbergs / Edles Heiligtum.

Der muslimische Teil des Tempelbergs / Edlen Heiligtums untersteht der Gerichtsbarkeit Jordaniens, nicht Israels. Er ist nur für Muslime und ihre Gäste zugänglich, wie der jüdische Teil nur für Juden und ihre Gäste zugänglich ist.

Innerhalb weniger Minuten verurteilten Ägypten, Frankreich, Jordanien, die Organisation für Islamische Zusammenarbeit, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, die Vereinigten Staaten und Palästina die Operation.

Der sephardische Oberrabbiner Yitzhak Yosef schrieb an den Pfarrer und erinnerte ihn daran, dass die Oberrabbiner diesen Verstoß gegen die Regeln des Gotteshauses strengstens verboten hätten.

Die Hamas hatte im Voraus wissen lassen, dass sie auf die Provokation mit "explosiver" Gewalt reagieren werde.

Der Islamische Dschihad hat seinerseits angeboten, jeden Palästinenser mit Handfeuerwaffen und Munition zu bewaffnen,

um der neuen Netanjahu-Regierung zu widerstehen.

Am 28. September 2000 löste der Besuch des Abgeordneten Ariel Sharon die zweite Intifada aus.

UNO beordert ihr internes Gericht, die israelische Besetzung palästinensischer Gebiete für illegitim zu erklären

Premierminister Benjamin Netanyahu twitterte : "Dies sind die grundlegenden Richtlinien der nationalen Regierung, die ich führe : Das jüdische Volk hat ein exklusives und unbestreitbares Recht auf alle Gebiete des Landes Israel. Die Regierung wird die Siedlung in allen Teilen des Landes Israel fördern und entwickeln – in Galiläa, im Negev, auf den Golanhöhen, in Judäa und Samaria."

Das ging aber ins Auge : Die Generalversammlung der Vereinten Nationen nahm mit 87 Ja-Stimmen (rund um Russland und China), 26 Nein-Stimmen (einschließlich der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs, Australiens, Österreichs, Kanadas, Deutschlands und Italiens) und 53 Enthaltungen (darunter Frankreich, Brasilien, Dänemark, Finnland, Japan, die Niederlande, Schweden, die Schweiz und die Ukraine) die Resolution (A/77/400) an, in der der Internationale Gerichtshof (d.h. der interne Gerichtshof der Vereinten Nationen) ersucht wird, über die israelische Besetzung der palästinensischen Gebiete zu statuieren.

Der Text fragt :

"a) Welche rechtlichen Folgen hat Israels fortgesetzte Verletzung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung, seiner Besetzung, Kolonisierung und verlängerte Annexion des seit 1967 besetzten palästinensischen Gebietes, einschließlich der Maßnahmen zur Veränderung der demographischen Zusammensetzung, des Charakters und des Status der Heiligen Stadt Jerusalem, und Israels Verabschiedung damit verbundener diskriminierender Gesetze und Maßnahmen ?

b) Welche Auswirkungen haben die in Ziffer 18 a) genannten Politiken und Praktiken Israels auf den rechtlichen Status der Besetzung, und welche rechtlichen Konsequenzen ergeben sich für alle Staaten und die Vereinten Nationen ? »

Im Jahr 2004 erklärte der Internationale Gerichtshof israelische Siedlungen auf palästinensischem Gebiet und Teile der Trennmauer auf palästinensischem Gebiet für illegal. Die Antwort des IGH ist kaum zu bezweifeln. Sie sollte die Besetzung der palästinensischen Gebiete, einschließlich Ostjerusalems, für illegal erklären.

Als Reaktion darauf sagte Premierminister Benjamin Netanyahu : "Das jüdische Volk ist kein Besatzer seines eigenen Landes und ist nicht Besatzer seiner ewigen Hauptstadt Jerusalem. Keine UN-Resolution wird diese historische Wahrheit verzerren."

Der Abgeordnete der Jewish Force, Zvika Fogel, schlussfolgerte : "Die Besetzung ist nicht mehr vorübergehend, sie ist dauerhaft."

Umgeben von zahlreichen Polizeikräften bleibt Riad Salamé Gouverneur der Bank des Libanon

Die europäische Justiz, die die Veruntreuung libanesischer Gelder in Höhe von 330 Millionen Dollar und 5 Millionen Euro untersucht, die zwischen 2002 und 2021 begangen wurden, wird Richter und Polizei entsenden, um im Libanon zu ermitteln.

Derzeit hat *EuroJust* bereits 120 Mio. EUR in Deutschland, Frankreich, Liechtenstein, Luxemburg und der Schweiz beschlagnahmt. Die Ermittlungen drehen sich um den Gouverneur der libanesischen Zentralbank und seine unzähligen Geliebten, die ihm als Strohmänner dienen.

Im Libanon, wo er angeklagt ist, genießt Riad Salamé ein Privileg der Immunität. Er weigert sich, der Justiz Rede und Antwort zu stehen, der er vorwirft, politisiert zu sein. Letzte Woche verhafteten die für den Fall zuständigen

Ermittler die Schauspielerin und MTV-Moderatorin Stephanie Saliba, die angeblich dem Gouverneur "nahe" steht. Kurz zuvor war es Anna Kosakova, eine ehemalige Geliebte von Riad Salamé, die vorgeschlagen hatte.

Die europäische Mission stützt sich auf das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption. Sie sollte unter der Aufsicht libanesischer Richter stattfinden, die allein die Befugnis zur Vorladung und Anhörung haben. Herr Salamé, der dem Hariri-Clan angehört, galt als außergewöhnlicher Gouverneur. Im Jahr 2021 erschien sein Name jedoch in den *Pandora Papers* zusammen mit dem anderer libanesischer Persönlichkeiten (Bankier Marwan Kheireddine, Premierminister Najib Mikati, stellvertretender Gouverneur der Bank von Libanon Muhammad Baasiri und ehemaliger Premierminister Hassan Diab).

Seinen Kritikern zufolge hat Riad Salamé ein System der Geldwäsche lateinamerikanischer Kartelle eingerichtet. Durch seine Nichte schmiedete er ein Bündnis mit einer großen Mafiafamilie in New York.

Frankreich, die USA und Katar wollen dem Libanon ihren Präsidentschaftskandidaten aufzwingen

Frankreich, die Vereinigten Staaten und Katar bereiten in Paris ein Treffen zum Libanon vor. Es könnte den nächsten Präsidenten der Republik aussuchen, wie es 2008 der Fall war. Der glückliche Gewinner würde bei einem Treffen libanesischer politischer Parteien in Katar bestätigt und dann vom Parlament in Beirut ernannt werden. Es könnte entweder Armeechef General Joseph Aoun oder ein Überraschungskandidat, der ehemalige Finanzminister Jihad Azour sein. Letzterer ist kürzlich in Katar, Saudi-Arabien, Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten aufgetreten. Er wird bald Ägypten besuchen. Im Jahr 2008 hatte Frankreich die Kandidatur von Michel Sleiman vorangetrieben, der

Gegenstand einer Untersuchung der Justiz in Paris war und auf den man daher politischen Druck ausüben konnte. Er wurde in Beirut inthronisiert, nicht von seinem Vorgänger, sondern vom Emir von Katar im Parlament in Anwesenheit des französischen Außenministers, der nicht auf den Bänken der Öffentlichkeit, sondern auf denen der libanesischen Regierung saß. Diese Wahl verstieß gegen die Verfassung, die eine Wartezeit vorschreibt, bevor ein Armeechef Präsident der Republik werden kann.

Die Unfähigkeit des libanesischen Parlaments, einen Präsidenten der Republik zu wählen, beeinträchtigt die Möglichkeit der Ausbeutung von Kohlenwasserstoffen in Hoheitsgewässern, trotz der Unterzeichnung des israelisch-libanesischen Abkommens. Es unterbricht die Suche nach neuen Ressourcen. Es stört die gesamte Region, weil die Ausbeutung von Kohlenwasserstoffen Pipelines erfordert, die nur gebaut werden können, wenn alle Akteure vor Ort sind.

Der französisch-amerikanisch-katarische Plan wird wahrscheinlich wenig Chancen haben sich zu verwirklichen, selbst wenn Gibran Bassil, Schwiegersohn von Präsident Michel Aoun, der Kandidatur von Jihad Azour zustimmt.

Tatsächlich forderte Hisbollah-Generalsekretär Hassan Nasrallah am 3. Januar eine libanesishe Lösung, die vom Ausland bestätigt wird und nicht umgekehrt. Zum Präzedenzfall von Michel Sleiman widersetzte er damit den von Michel Aoun.

858 Millionen US-Dollar, um Syrien mit Captagon zu verbinden

Präsident Joe Biden unterzeichnete am 23. Dezember 2022 das Gesetz zur *Bekämpfung des Proliferationshandels und des Sammelns von Betäubungsmitteln von Assad (Countering Assad's Proliferation Trafficking And Garnering Of Narcotics Act)*, im Akronym "CAPTAGON Act" (H. R. 6265).

Offiziell geht es darum, den Handel mit dieser synthetischen Droge zwischen dem Libanon und Saudi-Arabien zu stoppen. Inoffiziell geht es darum, einen neuen Vorwand für die Unerbittlichkeit der Vereinigten Staaten gegenüber der Arabischen Republik Syrien zu finden.

In den letzten zwei Jahren, als die Vereinten Nationen Syriens Hilfe gegen Schmuggler erhalten haben, haben zahlreiche Presseartikel den Handel von libanesischem Captagon mit dem syrischen Präsidenten Bashar al-Assad in Verbindung gebracht.

Diese Droge wurde von der NATO in den Nahen Osten eingeführt, um den Dschihadisten ein Gefühl der Unbesiegbarkeit zu geben. Es besteht aus einem Amphetaminmolekül, das durch eine Ethylbrücke mit einem Theophyllinmolekül verbunden ist.

Nachdem die Vereinigten Staaten den durch Dschihadisten geführten Krieg verloren hatten, begannen sie einen neuen, diesmal wirtschaftlichen Krieg gegen die Arabische Republik Syrien unter dem Vorwand, dass sie Folter in großem Maßstab praktiziere (*Caesar Act*). Das Land wird belagert, so dass es selbst für humanitäre NGOs und die Vereinten Nationen unmöglich ist, etwas in das Land zu importieren. Da die Lieferungen aus Russland durch Sanktionen gegen Moskau unterbrochen wurden, haben die Syrer keinen Treibstoff und Strom (außer 2 Stunden am Tag) und beginnen zu hungern. Es ist daher nicht möglich, die Komponenten des Captagons dorthin zu schicken. Unter diesen Bedingungen sieht man nicht, wie das "Regime" sie herstellen könnte. Das CAPTAGON-Gesetz sieht eine internationale Pressekampagne vor, um diese Droge entgegen aller Logik mit Präsident al-Assad in Verbindung zu bringen und die Idee zu popularisieren, dass die Arabische Republik Syrien nur ein Drogenstaat ist. Darüber hinaus wird die US-Regierung Berichte zu diesem Thema erstellen müssen. Diese

Manipulierungskampagne wurde mit einem Budget von 858 Millionen Dollar ausgestattet.

Türkisch-syrische Normalisierung steht bevor

Die türkischen und syrischen Verteidigungsminister Hulusi Akar und Ali Mahmoud Abbas trafen sich in Moskau in Anwesenheit ihres russischen Amtskollegen Sergej Schoigu. Im Mittelpunkt der Gespräche standen "Wege zur Lösung der Syrienkrise und der Flüchtlingsfrage" sowie "gemeinsame Anstrengungen zur Bekämpfung extremistischer Gruppen". Dies ist der erste türkisch-syrische Ministergipfel seit 11 Jahren.

Seit September haben sich die Geheimdienstchefs beider Länder, Ali Mamlouk und Hakan Fidan, mehrfach in Damaskus getroffen. Sie nahmen am Moskauer Gipfel teil. Im November sagte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan, ein Gipfel mit seinem syrischen Amtskollegen Baschar al-Assad sei möglich.

Die Türkei hat die syrischen Oppositionsorganisationen, die dort Zuflucht suchen, gewarnt, dass sie sich bald aus den von ihr besetzten syrischen Gebieten zurückziehen wird. Diejenigen, die sich dieser Versöhnung widersetzen, wurden aufgefordert, das Land zu verlassen. Gemeinsame Aktionen Russlands, Syriens und der Türkei gegen PKK-Terroristen werden erwartet und schließlich auch ein Gipfel der beiden Staatschefs.

Über Oman boten die Vereinigten Staaten Syrien an, die Sanktionen gegen das Land teilweise aufzuheben, wenn es seine Gespräche mit der Türkei unterbricht. Damaskus lehnte ab.

Baschar al-Assad empfängt Abdullah bin Zayed al-Nahyan

Trotz des US-Verbots reiste der Außenminister der Vereinigten Arabischen Emirate, Abdullah bin Zayed al-Nahyan, nach Damaskus, um den syrischen Präsidenten Bashar al-Assad zu

treffen.

Die Vereinigten Arabischen Emirate leisten Syrien sehr wichtige Unterstützung.

Der Gipfel findet statt, da der für letzte Woche geplante Besuch des iranischen Präsidenten Ebrahim Raissi "verschoben" wurde.

Katar plant, den Export von Gas in die EU einzustellen

Katar erwägt, die Gaslieferungen an die Europäische Union als Vergeltung für die belgische Antikorruptionsoption einzustellen. Die asiatische Nachfrage reicht aus, um die Kunden zu wechseln.

Katar tritt in jemenitischen Konflikt ein

Während Saudi-Arabien in Abwesenheit der jemenitischen Regierung heimlich und direkt mit den Huthis verhandelt, organisiert Katar im Oman am 9. Januar in Washington eine Konferenz mit dem Titel "[Auf dem Weg zu einem dauerhaften Frieden und Demokratie im Jemen](#)".

Sie wird offiziell von der *Tawakkol Karman Foundation* und *Democracy for the Arab World Now* eingerichtet. Die Muslimbruderschaft wird sich zahlreich an ihr beteiligen. Gleichzeitig versichern Katars internationale Medien, angeführt von *Al-Jazeera*, dass zwischen Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten nichts mehr gut läuft.

Die Türkei stellt die Beziehungen zu Israel wieder her

Israel und die Türkei haben die diplomatischen Beziehungen wiederhergestellt, die vor vier Jahren unterbrochen wurden. Präsident Recep Tayyip Erdoğan empfing Botschafterin Irit Lillian und bat sie, Premierminister Benjamin Netanyahu die Glückwünsche seines Landes für seine Wahl zu übermitteln.

Im Jahr 2018 brach Ankara mit Tel Aviv, das die Muslimbruderschaft der Hamas in Gaza bombardierte. Heute interpretiert die Türkei ihr

osmanisches Erbe neu. Sie sieht sich nicht mehr als Anführer der Bruderschaft und hat daher ihre Hauptambitionen in der arabischen Welt aufgegeben, sondern als Beschützer der türkischsprachigen Völker.

Iran passt sich an Chinas Ankunft in der arabischen Welt an

Die chinesisch-arabische Annäherung von Riad klang wie ein Donnerschlag in Teheran. Sicherlich ist China ein tausendjähriger Verbündeter des Iran und unterstützt ihn heute in nuklearen Angelegenheiten, aber es ist nicht blind. China sprach für die arabische Seite im Konflikt um drei Golfinseln zwischen Teheran und Abu Dhabi. Darüber hinaus beschloss es, seine Seidenstraßen unabhängig von den Persern auf die gesamte arabische Welt auszudehnen.

Indien beginnt, ohne den Dollar auszukommen

Indien beginnt, seinen internationalen Handel nicht mehr in Dollar, sondern in Rupien zu organisieren. Die Zentralbank von Neu-Delhi hat eine spezielle Abteilung eingerichtet, um die für diese Überweisungen benötigte Liquidität zu binden.

Rahul Gandhi stellt sich hinter Washington

Rahul Gandhi sagte, China habe die gleiche Haltung gegenüber Indien eingenommen wie Russland gegenüber der Ukraine. Der ehemalige Vorsitzende der Kongresspartei warf der Regierung von Narendra Modi vor, Chinas Bestreben nicht erkannt zu haben. Ihm zufolge bereitet sich China darauf vor, Indiens Geographie in Ladakh und Arunachal (Pradesh) zu verändern.

Myanmar lässt 7000 Gefangene frei

Anlässlich des 75. Jahrestages der Unabhängigkeit veranstaltete die myanmarische

Armee in Naypyidaw eine Machtdemonstration. Die Freilassung von 7012 Gefangenen wurde angekündigt, obwohl nicht klar war, ob es sich um strafrechtliche oder politische Gefangene handelte. Eine Parlamentswahl wurde angekündigt, aber es ist nicht klar, ob das derzeitige Ein-Runden-Wahlssystem beibehalten wird. Die Vereinigten Staaten haben sie präventiv als "Schwindel" bezeichnet. Medaillen wurden an Persönlichkeiten verliehen, darunter der buddhistische Mönch Wirathu, Verkünder der Massaker an Nicht-Buddhisten. Im Jahr 2020 gewann die Nationale Liga für Demokratie (NLD) die Wahlen, aber sie wurden sofort abgesagt und ihre Vorsitzende, Sonderberaterin Aung San Suu Kyi, wurde verhaftet. Sie wurde am 30. Dezember hinter verschlossenen Türen zu 33 Jahren Gefängnis verurteilt. Sie bleibt inhaftiert, könnte aber wieder unter Hausarrest gestellt werden.

Nordkorea wird immer stärker

Nordkorea feuerte kurz vor Jahresende 3 Mittelstreckenraketen ab. Sie stiegen auf eine Höhe von 100 Kilometern und fielen 370 Kilometer von den Ufern entfernt in internationale Gewässer. Im Jahr 2022 feuerte Nordkorea dreimal mehr Raketen ab als im Vorjahr. Es hat die Spannungen um die Ukraine genutzt, um sein Arsenal an taktischen Atomwaffen, neuen Interkontinentalraketen, Hyperschall-Gleit Sprengköpfen, atomgetriebenen U-Booten und Aufklärungssatelliten deutlich zu verbessern. Der Oberste Führer Kim Jong-Un gab am 27. Dezember bekannt, dass er eine neue Sicherheitsstrategie angenommen habe, die jedoch noch nicht veröffentlicht wurde. Am 1. Januar forderte er eine "exponentielle Erhöhung des Atomwaffenarsenals", um der wachsenden westlichen Bedrohung zu begegnen.

China ändert seine Covid-Politik

Die chinesische Gesundheitsbehörde gab am 26. Dezember 2022 bekannt, dass sie die Covid-19-Infektion ab dem 8. Januar 2023 von Klasse A auf Klasse B herabstufen wird. Es wird daher keine Quarantäne mehr für Menschen geben, die ins Land einreisen, keine obligatorische Unterbringung für Covid-19-Patienten und keine Isolation von Hochrisikogebieten mehr. Chinas Zentralverwaltung geht davon aus, dass es zwei Wochen dauert, bis ihre nationalen Richtlinien auf lokaler Ebene umgesetzt sind.

Gemeinsame chinesisch-russische Manöver

Die chinesische und russische Marine führten eine gemeinsame Übung im Chinesischen Meer durch, *Joint Sea 2022*. Beteiligt waren : auf chinesischer Seite die Zerstörer *Baotou* und *Jinan*, die Fregatten *Binzhou* und *Yancheng*, das Versorgungsschiff *Gaoyouhu*, ein U-Boot, Starrflügel-Frühwarnflugzeuge, Anti-U-Boot-Patrouillenflugzeuge und Schiffshubschrauber ; und auf russischer Seite der Raketenkreuzer *Varyag*, die Fregatte *Marschall Shaposhnikov*, die Korvetten *Aldar Tsydenzhapov* und *Sovershennyy*, sowie Flugzeuge und Hubschrauber.

Taiwan verlängert Militärdienst

Taiwan wird Ende 2023 die Wehrpflicht von derzeit 8 Monaten auf 1 Jahr verlängern. Die rebellische chinesische Provinz will sich auf eine Militäroperation Pekings vorbereiten.

Vier Minister der Regierung Kishida treten zurück

Kenya Akiba, Minister für Wiederaufbau, reichte am 26. Dezember seinen Rücktritt ein. Er ist der vierte Minister unter Fumio Kishida, der die Regierung innerhalb von zwei Monaten verlässt, nach Daishiro Yamagiwa (Minister für wirtschaftliche Wiederbelebung, zurückgetreten am 25. Oktober), Yasuhiro Hanashi (Justizminister, 11. November) und Minoru

Terada (Minister für innere Angelegenheiten und Kommunikation, am 17. Dezember). Alle vier gaben zu, entweder öffentliche Gelder veruntreut oder von der Moon Sekte korrumpiert worden zu sein.

Japan verstärkt Verteidigung gegen China

Außenminister Yoshimasa Hayashi sagte seine geplante Reise nach Peking ab, nachdem Tokio seine *nationale Sicherheitsstrategie* veröffentlicht hatte, in der China als "die größte strategische Herausforderung" bezeichnet wurde.

Im Jahr 2005 versuchte die japanische Regierung, die Verfassung zu ändern, um die Rolle der Streitkräfte international auszuweiten. Dieser Gesetzentwurf wurde jedoch nicht angenommen. Nach mehreren Versuchen und trotz des einstimmigen Widerstands der Anwälte des Landes interpretierte das Kabinett 2014 Artikel 9 der Verfassung neu. Von nun an ermächtigt er "kollektive Verteidigungsoperationen".

In diesem Zusammenhang hat die Kishida-Regierung beschlossen, sich mit "Gegenangriffs"-Fähigkeiten gegen China auszustatten. Sie hat auch gerade die Verteidigung der Nansei-Inseln verstärkt, einschließlich Yonaguni, wo sie eine Boden-Luft-Raketeneinheit installiert hat. Diese Basis ist 110 Kilometer von der chinesischen Rebellenprovinz Taiwan entfernt.

Schließlich erstellt die Regierung von Kishida eine Liste von 600 strategischen Orten, um sie und die Umgebung überwachen zu können. Sie hat gerade die ersten 58 enthüllt.

Die Olympischen Spiele in Tokio waren korrupt

Der Vorsitzende des Komitees für die Olympischen und Para-Olympischen Spiele in Tokio, Haruyuki Takahashi, wurde wegen Korruption angeklagt. Er wurde gegen eine Kaution von 80 Millionen Yen (563.000 Euro)

nach vier Monaten Untersuchungshaft freigelassen. Er soll 198 Millionen Yen (1,39 Millionen Euro) von der Baufirma Aoki Corporation erhalten haben.

OZEANIEN

Australien versucht wieder mit China anzuknüpfen

Handelsminister Don Farrell sagte, Canberra könnte seine WTO-Beschwerde gegen China zurückziehen, wenn Peking die von ihm so bezeichneten "Sanktionen" gegen australische Waren aufhebt.

China praktiziert keine "Wirtschaftssanktionen". Es führte Zölle auf Gerste, Wein, Fleisch und Hummer ein.

Die Anzeichen für eine australisch-chinesische Entspannung mehren sich : Premierminister Anthony Albanese traf im November Präsident Xi Jinping beim G20-Gipfel auf Bali. Die australische Außenministerin Penny Wong besuchte Peking im Dezember, um ihren Amtskollegen Wang Yi zu treffen.

ZWISCHENSTAATLICHE ORGANISATIONEN

Die neuen Mitglieder im UN-Sicherheitsrat

Die nichtständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen sind nun :

- Für ein weiteres Jahr : Albanien, Brasilien, Gabun, Ghana und die Vereinigten Arabischen Emirate.
- Für zwei Jahre : Ecuador, Japan, Malta, Mosambik, Schweiz.

Dokumentations ergänzung

1- Politikwissenschaftliche Zeitschriften

Hinweis : Diese Artikel sind sehr teuer. Nur sehr wenige sind Open Access. Viele Universitätsbibliotheken bieten jedoch freien Zugang an. Glücklicherweise macht die [Sci-Hub-Website](#) sie der Öffentlichkeit zugänglich. Normalerweise dauert es mehrere Wochen, nachdem sie veröffentlicht wurden. In einigen Ländern ist diese Seite verboten und kann nur mit einem VPN oder manchmal mit der [Tor-Software](#) aufgerufen werden.

AFGHANISTAN

« Remembering a Road : How One U.S. Development Project Provides Insight into America's Complicated Legacy in Afghanistan », Colonel Nicholas O. Melin, *Studies in Conflict & Terrorism*

<https://doi.org/10.1080/1057610X.2022.2151095>

« 'The Fall of Afghanistan : An American Tragedy' », Robert S. Snyder, *Small Wars &*

Insurgencies

<https://doi.org/10.1080/09592318.2022.2159738>

« Al-Qa'ida and the Taliban ; Are They on Diverging Paths ? », Antonio Giustozzi, *The RUSI Journal*

<https://doi.org/10.1080/03071847.2022.2149123>

« Why Did Rebuilding the Afghan and Iraqi Armies Fail ? », Colin D Robinson, *The RUSI Journal*

<https://doi.org/10.1080/03071847.2022.2149124>

AUSTRALIA

« Australia's AUKUS 'bet' on the United States : nuclear-powered submarines and the future of American democracy », Brendon O'Connor, Lloyd Cox & Danny Cooper, *Australian Journal of International Affairs*

<https://doi.org/10.1080/10357718.2022.2163977>

« [Transmission interrupted : Australia's international television broadcasting](#) » (Open access), Rodney Tiffen, *Australian Journal of International Affairs*

BULGARIA

« Bulgarian antisemitism in the 21st century », Rumyana Marinova-Christidi, *Israel Affairs*
<https://doi.org/10.1080/13537121.2023.2162266>

« Planning and truth : the Bulgarian 1963 reform and the problem of profitability », Todor Hristov, *Southeast European and Black Sea Studies*
<https://doi.org/10.1080/14683857.2022.2155292>

BOTSWANA

« Election campaign financing in Botswana : a case for comprehensive regulation for fairness and to avert illicit financial flows », Lawrence Ookeditse & Onneetse Kym Makhumalo, *Journal of Contemporary African Studies*
<https://doi.org/10.1080/02589001.2022.2151577>

CANADA

« [Did Brexit change perceptions of the EU and the UK in Canada ? An analysis of Canadian newspaper commentaries](#) » (Open access), Achim Hurrelmann, Sarra Ben Khelil, Asif Hameed, Akaysha Humniski & Patrick Leblond, *Canadian Foreign Policy Journal*

CHINA

« Political Events and Cultural Othering : Impact of Protests and Elections on Identities in Post-Handover Hong Kong, 1997–2021 », Francis Lap Fung Lee & Chi Kit Chan, *Journal of Contemporary China*
<https://doi.org/10.1080/10670564.2022.2159756>

« [Does Comprehensive Geopolitical Risk Deter FDI Outflows : Evidence from China](#) » (open access), Bing Lu & Wenge Liu, *Defence and Peace Economics*

« Chinese Defense Industry Reforms and Military Firm Performance : Evidence from the Civil—Military Integration Strategy », Zeng Yang, Changyuan Xia, Shuai Zhao & Daiguo Fu, *Defence and Peace Economics*
<https://doi.org/10.1080/10242694.2022.2154926>

« In the Pursuit of the Constructed Truth : Courtroom Questioning as a Persuasive Genre of Talk », Kege Li, *Journal of Contemporary China*
<https://doi.org/10.1080/10670564.2022.2153017>

CZECH REPUBLIC

« [Nativist with\(out\) a cause : a geographical analysis of the populist radical right in the 2017 and 2021 Czech parliamentary elections](#) » (Open access), Jonáš Suchánek & Jiří Hasman, *Territory, Politics, Governance*

EUROPEAN UNION

« [European Dreams of the Cloud : Imagining Innovation and Political Control](#) » (Open access), Andreas Baur, *Geopolitics*

« Strategic cultures between the EU member states : convergence or divergence ? », Xue Mi, *European Security*
<https://doi.org/10.1080/09662839.2022.2159384>

« [Voting under EMU : economic perceptions, responsibility attribution and EU politicisation](#) », Roberto Pannico & Marina Costa Lobo, *Journal of European Public Policy*

« [Supranational detectives ? Transnational market abuse and the politics of surveillance delegation in the EU](#) » (Open access), Miles Kellerman, *Journal of European Public Policy*

« [Mainstream party agenda-responsiveness and the electoral success of right-wing populist parties in Europe](#) » (Open access), Simon D. Brause & Lucy Kinski, *Journal of European Public Policy*

« [How does delegation structure shape agent discretion in EU foreign policy ? Evidence from the Normandy Format and the Contact Group on Libya](#) » (Open access), Monika Sus, *Contemporary Security Policy*

« [Global perspectives on European Union public diplomacy : an introduction](#) » (Open access), Weiqing Song & Evangelos Fanoulis, *Journal of Contemporary European Studies*

« [Silent revolution/passive revolution : Europe's COVID-19 recovery plan and green deal](#) » (Open access), J. Magnus Ryner, *Globalizations*

« Is Brexit an outlier ? Euroscepticism and public support for European integration », Brandon Malloy, Zeynep Ozkok & Jonathan Rosborough, *European Politics and Society*
<https://doi.org/10.1080/23745118.2022.2148917>

« The European Union's failure to address the autocracy crisis : MacGyver, Rube Goldberg, and Europe's unused tools », R. Daniel Kelemen, *Journal of European Integration*
<https://doi.org/10.1080/07036337.2022.2152447>

FRANCE

« The Renewal of Alsatian Nationalism », Etienne B. Schmitt, *Nationalism and Ethnic Politics*
<https://doi.org/10.1080/13537113.2022.2153494>

GEORGIA

« [Opportunities Matter : The Evolution of Far-Right Protest in Georgia](#) » (Open access), Tamta Gelashvili, *Europe-Asia Studies*

GERMANY

« [From the city of steel to Germany's 'China City' : economic restructuring, the EU-China transcontinental railway and infrastructure-led development in Duisburg](#) » (Open access), Kean Fan Lim & Kristin Limbach, *Regional Studies*

GHANA

« [Special prosecutor : Panacea or facade to institutionalised corruption in Ghana ?](#) » (Open access), Olivia Anku-Tsedede, Reginald Arthur & Majoreen Osafroadu Amankwah, *Cogent Social Sciences*

GREECE

« A new alliance in Europe : the September 2021 defence agreement between Greece and France as a case of embedded alliance formation », Elie Perot, *European Security*
<https://doi.org/10.1080/09662839.2022.2162821>

HUNGARY

« From democracy to hybrid regime. Democratic backsliding and populism in Hungary and Tunisia », Daniela Huber & Barbara Pisciotto, *Contemporary Politics*
<https://doi.org/10.1080/13569775.2022.2162210>

INDIA

« 'Strategising' the India-EU Partnership », Manoj Babu Buraga, *Strategic Analysis*
<https://doi.org/10.1080/09700161.2022.2157508>

INDONESIA

« Indonesia's hedging plus policy in the face of China's rise and the US-China rivalry in the Indo-Pacific region », Dewi Fortuna Anwar, *The Pacific Review*
<https://doi.org/10.1080/09512748.2022.2160794>

INDO-PACIFIC

« US perspectives on the power shift in the Indo-Pacific », Zack Cooper & Emily Young Carr, *The Pacific Review*
<https://doi.org/10.1080/09512748.2022.2160793>

« Navigating international order transition in the Indo Pacific », Kai He & Huiyun Feng, *The Pacific Review*
<https://doi.org/10.1080/09512748.2022.2160798>

« International order transition and US-China strategic competition in the indo pacific », Kai He & Huiyun Feng, *The Pacific Review*
<https://doi.org/10.1080/09512748.2022.2160789>

« Quad and the Indo-Pacific : Examining the Balance of Interest Theory in Quad Coalition », Adarsh Badri, *Strategic Analysis*
<https://doi.org/10.1080/09700161.2022.2149981>

IRAQ

« Financing of Non-State Armed Groups in the Middle East : Iraqi Popular Mobilization Forces (PMF) as a Case Study », Kardo Rached, *Studies in Conflict & Terrorism*
<https://doi.org/10.1080/1057610X.2022.2161136>

IRLAND

« [Cultivating ‘the heavies or opinion-forming press’ : nation branding, Irish economic development and the British press, 1958–1966](#) » (Open access), Mark O’Brien, *Irish Political Studies*

ISRAEL

« The Israelization of Jew-hatred and the concept ‘antisemitism-light’ », Evyatar Friesel & Monika Schwarz-Friesel, *Israel Affairs*
<https://doi.org/10.1080/13537121.2023.2162258>

« Factors associated with self-harm behaviors during military service in the Israel Defense Forces, rates of such behaviors and their outcomes », Leah Shelef, Ishai Nir, Lucian Tatsa-Laur, Nirit Yavnai, Niv Gold, Gadi Cohen & Ariel Ben Yehuda, *Military Psychology*
<https://doi.org/10.1080/08995605.2022.2151815>

« Peripheral implications of national innovation : insights from the Israeli experience », Raphael Bar-El & Liran Maymoni, *European Planning Studies*
<https://doi.org/10.1080/09654313.2022.2156272>

« [Facing an Uncertain Future : Post-Election Israel](#) » (Open access), Chuck Freilich, *Israel Journal of Foreign Affairs*

« How the Israel Defense Forces Seek to Defeat Non-State Actors », Ehud Eilam, *The RUSI Journal*
<https://doi.org/10.1080/03071847.2022.2150418>

ITALY

« Italy at the polls. Four lessons to learn from the 2022 general election », Alessandro Chiaramonte, *Contemporary Italian Politics*
<https://doi.org/10.1080/23248823.2022.2163453>

« The 2022 general Italian elections. The long-awaited victory of the right », Gianfranco Pasquino & Marco Valbruzzi, *Journal of Modern Italian Studies*
<https://doi.org/10.1080/1354571X.2022.2150805>

« Towards an inadequately rational bicameralism. The Italian Senate ‘reform’ (1948–1963) », Salvatore Mura, *Journal of Modern Italian Studies*
<https://doi.org/10.1080/1354571X.2022.2148398>

« [Giorgia Meloni in the spotlight. Mobilization and competition strategies in the 2022 Italian election campaign on Facebook](#) » (Open access), Antonio Martella & Franca Roncarolo, *Contemporary Italian Politics*

JAPAN

« Japan in the Indo-Pacific : domestic politics and foreign policy », Hiro Katsumata & Daiki Shibuichi, *The Pacific Review*
<https://doi.org/10.1080/09512748.2022.2160795>

« Hosting Olympic Games under a state of emergency : are people still proud of their country ? », Takuya Shimokubo, *International Journal of Sport Policy and Politics*
<https://doi.org/10.1080/19406940.2022.2162102>

JORDAN

« [Displacement as Heterotopic Space : The Syrian Refugee Crisis in Jordan](#) » (Open access), Filippo Dionigi, *Geopolitics*

« Corruption or Culture ? Evaluating Elite Definitions of “Wasta” in Jordan », Ahmad Asem Al-Hiari, *Public Integrity*
<https://doi.org/10.1080/10999922.2022.2154954>

KOSOVO

« Costs of International Recognition : Palestine’s and Kosovo’s Struggle with Negotiated Statehood », Shpend Kursani, *Geopolitics*
<https://doi.org/10.1080/14650045.2022.2151903>

KURDISTAN

« Abdullah Öcalan’s Anti-Zionism », H. Bahadır Türk, *Israel Affairs*
<https://doi.org/10.1080/13537121.2023.2162262>

MALAYSIA

« Parliamentary motions under a semi-authoritarian regime : evidence from Malaysia », Ariff Aizuddin Azlan & Muhamad M. N. Nadzri, *Parliaments, Estates and Representation*
<https://doi.org/10.1080/02606755.2022.2148505>

MAROCCO

« Is Morocco operating a grey zone in Ceuta and Melilla ? », Josep Baqués-Quesada, *Defence Studies*
<https://doi.org/10.1080/14702436.2022.2159815>

OCEANS

« Facing a New Ocean Decade : Geopolitical Change and Challenges in Ocean Governance », Juan Luis Suarez de Vivero & Juan Carlos Rodríguez-Mateos, *Geopolitics*
<https://doi.org/10.1080/14650045.2022.2151901>

PALESTINE

« The long trail of Palestinian antisemitism », Efraim Karsh, *Israel Affairs*
<https://doi.org/10.1080/13537121.2023.2162259>

« Palestinian Islamic Jihad : Between Nationalism and Religion », Shaul Bartal, *The Journal of the Middle East and Africa*
<https://doi.org/10.1080/21520844.2022.2146400>

« The Formation of the National Palestinian Ethos », Gadi Hitman, *Ethnopolitics*
<https://doi.org/10.1080/17449057.2022.2154959>

PORTUGAL

« The 2021 Portuguese Presidential Elections under extraordinary circumstances : Covid-19 and the rise of the radical right in Portugal »,

Sofia Serra-Silva & Nelson Santos, *Mediterranean Politics*
<https://doi.org/10.1080/13629395.2022.2156713>

ROMANIA

« The 2020 county elections in Romania : More nationalization, less regionalization », István Gergő Székely, *Regional & Federal Studies*
<https://doi.org/10.1080/13597566.2022.2152441>

RUSSIA

« The End of “Putin’s Empire ?” Ontological Problems of Russian Imperialism in the Context of the War against Ukraine, 2022 », Ruslan Zaporozhchenko, *Problems of Post-Communism*
<https://doi.org/10.1080/10758216.2022.2158873>

« [The patterns of political career movements in the Russian Federation : the case of regional governors, 1991–2021](#) » (Open access), Elena Semenova, *Regional & Federal Studies*

« The Politics of Pseudoscience : Power and Knowledge in Contemporary Russia », Dima Kortukov, *Problems of Post-Communism*
<https://doi.org/10.1080/10758216.2022.2158874>

« [‘We Have Conversations’ : The Gangster as Actor and Agent in Russian Foreign Policy](#) » (Open access), Mark Galeotti, *Europe-Asia Studies*

« When the Guns Fall Silent : Richard Cobden’s Principles of Liberal Internationalism and Russian Reconciliation », Richard R. Moeller, *Peace Review*
<https://doi.org/10.1080/10402659.2022.2159758>

« [Methods in Russian studies : overview of top political science, economics, and area studies journals](#) » (Open access), Lanabi La Lova, *Post-Soviet Affairs*

« Strategic Comrades ? Russian and Chinese Media Representations of NATO », Lutgard Lams, Hedwig De Smaele, Fien De Coninck, Charlotte Lippens & Lisbeth Smeyers, *Europe-Asia Studies*
<https://doi.org/10.1080/09668136.2022.2152556>

« Plus ça change : getting real about the evolution of Russian studies after 1991 », Regina Smyth, *Post-Soviet Affairs*
<https://doi.org/10.1080/1060586X.2022.2161232>

« How the pandemic affected interregional inequality in Russia », Marina Malkina, *Area Development and Policy*
<https://doi.org/10.1080/23792949.2022.2137538>

« Coordinated Voting Against the Autocracy : The Case of the ‘Smart Vote’ Strategy in Russia », Mikhail Turchenko & Grigorii V. Golosov, *Europe-Asia Studies*
<https://doi.org/10.1080/09668136.2022.2147485>

« Survey research in Russia : in the shadow of war », Bryn Rosenfeld, *Post-Soviet Affairs*
<https://doi.org/10.1080/1060586X.2022.2151767>

SLOVAKIA

« “With courage against the system.” The ideology of the people’s party our Slovakia », Jakub Drábik, *Journal of Contemporary Central and Eastern Europe*
<https://doi.org/10.1080/25739638.2022.2164119>

SLOVENIA

« [Barricades and ballots : exploring the trajectory of the Slovenian left](#) » (Open access), Ivaylo Dinev, *East European Politics*

SOUTH KOREA

« South Korea's 'Unfriendly' corporate governance disclosure to foreign investors », Minhye Zoh, *Asian Journal of Political Science*
<https://doi.org/10.1080/02185377.2022.2158578>

« The US-led security network in the Indo-Pacific in international order transition : a South Korean perspective », Jae Jeok Park, *The Pacific Review*
<https://doi.org/10.1080/09512748.2022.2160790>

SRI LANKA

« Counter-terrorism, intelligence and policing in Sri Lanka : a case study of the 2019 easter terror attacks », Ryan Shaffer, *Journal of Policing, Intelligence and Counter Terrorism*
<https://doi.org/10.1080/18335330.2022.2153613>

TAIWAN

« High-Level Visit and National Security Policy : Evidence from a Quasi-Experiment in Taiwan », Austin Horng-En Wang, Charles K. S. Wu, Yao-Yuan Yeh & Fang-Yu Chen, *International Interactions*
<https://doi.org/10.1080/03050629.2023.2162512>

« A contextual analysis of the evolution of transitional justice : the story of Taiwan », Yi-Li Lee & Wen-Chen Chang, *The International Journal of Human Rights*
<https://doi.org/10.1080/13642987.2022.2153120>

TÜRKIYE

« The making of Turkish exceptionalism : the west, the rest and unreconciled issues from the past », Lerna K. Yanık, *Turkish Studies*
<https://doi.org/10.1080/14683849.2022.2159816>

« "Patience and Persistence" : Ambiguous Turkish-Israeli Relations in the 1960s », Efrat Aviv, *The Journal of the Middle East and Africa*
<https://doi.org/10.1080/21520844.2022.2146407>

« Measuring the disproportionality of Turkish elections », Jack Jacovou, *Southeast European and Black Sea Studies*
<https://doi.org/10.1080/14683857.2022.2153401>

UKRAINE

« Do the EU and Ukraine speak the same language ? The various notions of resilience before the military intervention », Kateřina Kočí, Marianna Gladysch & Oksana Krayevska, *Journal of Contemporary European Studies*
<https://doi.org/10.1080/14782804.2022.2163991>

« The art of partial commitment : the politics of military assistance to Ukraine », Alexander Lanoszka & Jordan Becker, *Post-Soviet Affairs*
<https://doi.org/10.1080/1060586X.2022.2162758>

« Back-to-normality outsiders : Zelensky's technocratic populism, 2019–2021 », Oleksii Viedrov, *East European Politics*
<https://doi.org/10.1080/21599165.2022.2146092>

UNITED KINGDOM

« Crisis management, new constitutionalism, and depoliticisation : recasting the politics of austerity in the US and UK, 2010–16, » Dillon Wamsley, *New Political Economy*
<https://doi.org/10.1080/13563467.2022.2153358>

UNITED NATIONS

« Sanctions, Aid, and Voting Patterns in the United Nations General Assembly », David Lektzian & Glen Biglaiser, *International Interactions*

<https://doi.org/10.1080/03050629.2023.2155151>

UNITED STATES

« Trump's Legacy and the Liberal International Order : Why Trump Failed to Institutionalise an Anti-global Agenda », Andrea Locatelli & Andrea Carati, *The International Spectator*

<https://doi.org/10.1080/03932729.2022.2156226>

VENEZUELA

« Autocratization and public administration : the revolutionary-populist regime in Venezuela in comparative perspective », Wolfgang Munro & Héctor Briceño, *Asia Pacific Journal of Public Administration*

<https://doi.org/10.1080/23276665.2022.2148262>

VIET NAM

« The political economy of special economic zones : the cases of Ethiopia and Vietnam », Keyi Tang, *Review of International Political Economy*

<https://doi.org/10.1080/09692290.2022.2152073>

ANTISEMITISM

« The apartheid and racism campaigns - the NGO contribution to antisemitism », Gerald M. Steinberg, *Israel Affairs*

<https://doi.org/10.1080/13537121.2023.2162256>

« Iran's antisemitism and anti-Zionism : eliminationist or performative ? », Ofira Seliktar, *Israel Affairs*

<https://doi.org/10.1080/13537121.2023.2162260>

« 'The Jews are our Misfortune !' Contemporary antisemitism as a hydra-headed phenomenon », Ben Cohen, *Israel Affairs*

<https://doi.org/10.1080/13537121.2023.2162254>

CIVIL CONFLICT

« The Effects of Social Media, Elites, and Political Polarization on Civil Conflict », Lance Y. Hunter & Glen Biglaiser, *Studies in Conflict & Terrorism*

<https://doi.org/10.1080/1057610X.2022.2163461>

CORRUPTION

« Revisionist Approaches to Corruption : From "Cynical Conservatism" to Radical Realism », Doron Navot, *Public Integrity*

<https://doi.org/10.1080/10999922.2022.2155358>

DECOLONISATION

« Afro-Asia as method : Bandung, the production of postcolonial space, and the cruel optimism of the 1960s », Christopher J. Lee, *The Global Sixties*

<https://doi.org/10.1080/27708888.2022.2157988>

« The neo-imperialism of decolonisation : John le Carré and Cold War India », Paul M. McGarr,

Intelligence and National Security

<https://doi.org/10.1080/02684527.2022.2151759>

ECOLOGY

« Eco-Fascism Online : Conceptualizing Far-Right Actors' Response to Climate Change on Stormfront », Imogen Richards, Callum Jones & Gearóid Brinn, *Studies in Conflict & Terrorism*

<https://doi.org/10.1080/1057610X.2022.2156036>

ECONOMY

« [Legal diffusion as protectionism : the case of the U.S. promotion of antitrust laws](#) » (Open

access), Melike Arslan, *Review of International Political Economy*

« Who votes for free trade and when ? Geopolitics as the source of legislative preferences on free trade agreements », Sung Eun Kim & Joonseok Yang, *Review of International Political Economy*
<https://doi.org/10.1080/09692290.2022.2144927>

ENERGY

« [Toward Dangerous US Unilateralism on Solar Geoengineering](#) » (Open access), Jennie C Stephens, Prakash Kashwan, Duncan McLaren & Kevin Surprise, *Environmental Politics*

GENOCIDE

« Between mneme and anamnesis : on the memory and forgetting of the Roma Holocaust », Slawomir Kapralski, *Journal of Baltic Studies*
<https://doi.org/10.1080/01629778.2023.2156565>

« 'Part of the Civilized World Community' : Holocaust in Historical Politics of the Unrecognized Republics of Transnistria and Donbas », Alexandr Voronovici, *Ethnopolitics*
<https://doi.org/10.1080/17449057.2022.2150397>

HISTORY

« X and X : on the containment and liberation of cold war histories », Christopher J. Lee, *The Global Sixties*
<https://doi.org/10.1080/27708888.2022.2153204>

INTELLIGENCE

« [The politics of intelligence failures : power, rationality, and the intelligence process](#) » (Open access), Tom Lundborg, *Intelligence and National Security*

PEACEKEEPING

« Non-Democratic Regimes and Participation in UN Peacekeeping Operations », Andrew Levin, *International Peacekeeping*
<https://doi.org/10.1080/13533312.2022.2160712>

« [A Perturbed Peace : Applying Complexity Theory to UN Peacekeeping](#) » (Open access), Adam Day & Charles T. Hunt, *International Peacekeeping*

« Verification of Peace Accords and Military Expenditures in Post-Conflict Societies », Wakako Maekawa, *Defence and Peace Economics*
<https://doi.org/10.1080/10242694.2022.2158648>

POLITICS

« Do Partisans Follow Their Leaders on Election Manipulation ? », Devin McCarthy, *Political Communication*
<https://doi.org/10.1080/10584609.2022.2150728>

POPULISM

« Populist attitudes towards politics and science : how do they differ ? », Jakob-Moritz Eberl, Robert A. Huber, Niels G. Mede & Esther Greussing, *Political Research Exchange*
<https://doi.org/10.1080/2474736X.2022.2159847>

« The winner takes all the trust : populism, democracy, and winner-loser gaps in political trust in Central and Southern Europe », Marta Kołczyńska, *Journal of Contemporary European Studies*
<https://doi.org/10.1080/14782804.2022.2162486>

« [It's a hoax ! The mediating factors of populist climate policy opposition](#) » (Open access), Maurits J. Meijers, Yaël van Drunen & Kristof Jacobs, *West European Politics*

RELIGIONS

« [Secularisation as the fragmentation of the sacred and of sacred space](#) » (Open access), Marietta van der Tol & Philip Gorski, *Religion, State and Society*

STRATEGY

« [Is empathy a strategic imperative ? A review essay](#) » (Open access), Claire Yorke, *Journal of Strategic Studies*

TERRORISM

« Terror through the Looking Glass : Information Orientations and the Lens of Web Search Engines », Christopher Whyte, *Terrorism and Political Violence*
<https://doi.org/10.1080/09546553.2022.2151905>

« [Jihadi Kitsch : The Promesse de Bonheur of Islamist Terrorism](#) » (Open access), Mehmet Ümit Necef & Henriette Frees Esholdt, *Studies in Conflict & Terrorism*

« [Fighting against Jihad ? Blood Revenge and Anti-Insurgent Mobilization in Jihadist Civil Wars](#) » (Open access), Huseyn Aliyev & Emil A. Souleimanov, *Studies in Conflict & Terrorism*

SANCTIONS

« Constraining Compliance ? Reconsidering the Effect of Veto Players on Sanctions Success », Tiziana Corda, *Defence and Peace Economics*
<https://doi.org/10.1080/10242694.2022.2158288>

WEAPONS

« Noncompliance and punishment : lessons from multilateral chemical, biological, and nuclear arms control », Robert J. Hughes, *The Nonproliferation Review*
<https://doi.org/10.1080/10736700.2022.2128579>

Voltaire, internationale Nachrichten

Herausgeber : Thierry Meyssan, SASU mit einem Kapital von 1000 Euro, ACA, 23 rue Antigna, 45000 Orléans, Frankreich.

Herausgeber : Thierry Meyssan,
thierry.meyssan@voltaire.net.org

Redaktionssekretär : Serge Marchand,
serge.marchand@voltaire.net.org

46 Ausgaben pro Jahr.

[Jahresabonnement : 150 Euro](#)

[Monatsabonnement : 15 Euro](#)

Verkaufspreis pro Ausgabe : 5 Euro